

Leserforum

Endlich Transparenz!?

Zu den Plänen für eine PFC-Deponie auf dem Gelände der Hausmülldeponie in Oberweier schreibt Irene Merkel aus Oberweier:

Endlich legt das Abfallwirtschaftsamt des Landkreises Rastatt die Karten auf den Tisch. Seit Monaten hatte die Bürgerinitiative „Stop Deponie Oberweier“ darum gebeten, ohne Gehör zu finden. Jetzt plötzlich, kurz vor der Kundgebung vom 2. Mai, kam Bewegung in die Sache. Plötzlich will man für Transparenz sorgen – mit einem eiligst zusammen geschusterten Heimatfilmchen, an dem Rosamunde Pilcher ihre wahre Freude hätte. Das Video über die wunderschöne Natur rund um Oberweier ist handwerklich gar nicht schlecht gemacht – inhaltlich ist es eine Katastrophe, weil den Bürgern ein X für ein U vorgemacht wird. Ein Musikbett führt den Betrachter in die heile Welt der Deponie „Hintere Dollert“. Von Vogelgezwitscher untermalt, stapfen Menschen über einen grünen Hügel – allesamt Mitarbeiter des Abfallwirtschaftsamts, aktuelle und ehemalige. Jeder sagt sein Sprüchlein auf von der ach so beschaulichen Deponiewelt. Der Betrieb arbeite nach dem neuesten Stand der Technik, alles habe seine Richtigkeit,

wollen sie uns weismachen. Mit keinem Wort erwähnen sie, was in dem grünen Hügel schlummert: Asbest, Altlasten, Industrieabfälle – man sieht sie nicht, man riecht sie nicht, also wird schon alles gut sein.

Dumm nur, dass die Einwohner von Oberweier heutzutage genauer hinschauen als in den letzten Jahrzehnten. Sie sind wachsam geworden, sperren Augen und Ohren auf, und sie hinterfragen, was vor ihrer Haustür geschieht. Sie wissen, dass es brodeln im Innern, und sie wollen nicht länger auf einem Pulverfass sitzen. Welch ein Zynismus, wenn behauptet wird, Sickerwasserkonzentrat und PFC-Stoffe seien keine Gifte, da PFC vom Umweltbundesamt doch als „Stoff mit besorgniserregenden Eigenschaften“ eingestuft wird.

Mit einem Heimatfilmchen lassen sich die Menschen nicht mehr betören. Sie fordern Glaubwürdigkeit, sie wollen

Leserforum

Leserbriefe spiegeln nicht immer die Meinung der Redaktion wider, obwohl diese die presserechtliche Verantwortung für die Veröffentlichung übernimmt und sich deshalb sinnerhaltende Kürzungen oder eine Ablehnung vorbehalten.

Folgende Kriterien müssen erfüllt sein:

- Bezug auf die Berichterstattung im BT,
- maximale Länge von 60 Zeilen zu jeweils 27 Anschlägen,

Fakten sehen, und sie haben Angst um ihre Gesundheit. Wann kapierten die Deponie-Befürworter das endlich? Transparenz schafft man nicht mit idyllischen Bildern, sondern mit Aufrichtigkeit. Von Transparenz ist das Abfallwirtschaftsamt noch weit entfernt!

Inhaltsleerer Wohlfühlfilm

Zum Artikel „Werbe-Video zur Deponie Oberweier“ (BT vom 3. Mai) nimmt Markus Huster aus Oberweier Stellung:

Im Video attestieren sich drei Vertreter des AWB, ein ehemaliger Technischer Dezernent des Landkreises und der seit Jahrzehnten mit der Planung befasste und sicherlich daran gut verdienende „Gutachter“ wenig überraschend eine gute

Arbeit und der Deponie völlige Unbedenklichkeit.

Mir zeigt der inhaltsleere Wohlfühlfilm nur eines ganz deutlich: Der AWB hat sich bereits auf einen Deponiestandort festgelegt. Ohne eine vorherige sorgfältige Prüfung der Eignung oder gar von Alternativen. So praktiziert man es schließlich schon länger mit Erfolg. Also weiter so.

Im Film wird das schöne grüne Gras gezeigt, das zwischenzeitlich über den Müll gewachsen ist – genauso wie über die verschiedenen Rechtsdehnungen der letzten 48 (und nicht nur 30) Jahre, über die man allerdings nicht so gerne spricht. Kein Hinweis auf die gefährlichen Industrieabfälle unter der Grasnarbe. Ebenso wenig darauf, dass die Deponie in einer Wasserschutzzone liegt oder dass FFH-Gebiete angrenzen.

Der Untergrund entspricht nicht den Anforderungen der Deponieverordnung und müsste entsprechend nachgerüstet werden. Das war schon 1978 in der Planfeststellung festgeschrieben, eine Umsetzung unterblieb aber in weiten Bereichen der Deponie.

Wenn sich Dr. Jörg Peter, der Stellvertreter des Landrats, gegen Abfallexporte in die ärmsten Länder dieser Welt ausspricht, hat er vollkommen recht. Offen bleibt, wer das denn je gefordert haben sollte. Diese Aussage bleibt somit reine, unanständige Polemik.

Aufseiten von Lobbyisten, Funktionären und Verantwortlichen scheint man ohnehin nicht besonders gewillt, sich mit den Fragen und Fakten der Bürgerinitiative Oberweier zu beschäftigen. Ich kann jedem Interessierten deshalb nur empfehlen, sich den Vortrag von Dr. Hans-Peter Huppert vom 2. Mai 2021 anzusehen (pfc-freie-deponie.de, YouTube-Kanal) und sich dann eine eigene Meinung zu bilden.

Von unseren gewählten Volksvertretern würde ich erwarten, dass sie sich etwas intensiver mit den Anliegen und Sorgen der betroffenen Bürger befassen, ihr Mandat ernster nehmen und dem Agieren der Lobbyistenvereinigung endlich Einhalt gebieten.

Umwälzanlage für Giftmüll

Zu den Artikeln „In sieben Jahren soll Schluss sein“ (BT vom 3. Mai) und „Wenig Konsens in Sachfragen“ (BT vom 6. Mai) schreibt Dieter Haller aus Oberweier:

Etikettenschwindel: Das Landratsamt Rastatt beauftragt eine Machbarkeitsstudie für die Erweiterung der Deponie in Oberweier. Bei dem Vorhaben handelt es sich jedoch um die Neuplanung von zwei neuen Deponien auf bestehenden alten Deponien. Dies wird vom

beauftragten Gutachter, Johann Roth, eingeräumt. Also ist die Studie null und nichtig. Wird so unser Geld verschwendet? Ist so ein Gutachter haltbar?

Die bestehende Mülldeponie ist eine Giftmüll-Umwälzanlage: Der AWB bestätigt, dass das Konzentrat der Sickerwasseranlage wieder auf die Deponie gepumpt wird. Er gibt jedoch zu, dass die Sickerwasserleitungen nicht mehr zu 100 Prozent in Ordnung sind. Das Konzentrat ist giftig (Quelle BT 6. Mai 2021: „Die Frage der BI, was passieren würde, wenn man ein paar Schlucke des Sickerwasserkonzentrats trinken würde, habe Roth so beantwortet: „Man stirbt.““). Diese Giftmüll-Umwälzanlage wird am Rande von Wasserschutzgebieten betrieben. Das ist ein Skandal.

Verschwendung von Steuergeldern: Der AWB beschäftigt einen Gutachter, der am Thema vorbei liefert (Machbarkeitsstudie). Die Stadt Gaggenau beschäftigt Gutachter, die keine Ergebnisse liefern, weil sie keine Informationen erhalten. Die BI hat gezeigt, wie mit mutigem Einsatz Informationen beschafft werden und Tatsachen an das Licht der Öffentlichkeit gebracht werden. Die logische Konsequenz daraus ist, dass sowohl die Stadt Gaggenau als auch die Gemeinde Muggensturm das Vorgehen der BI auch finanziell unterstützen müssen.